

Die Ausgleichsverhandlungen.

Der ungarische Standpunkt.

Aus Budapest wird uns unterm 5. d. berichtet:

Der heutige volkswirtschaftliche Artikel der „Zeit“, der schon in den Nachmittagsstunden in seinem wesentlichen Inhalt hier bekannt wurde, hat in politischen Kreisen große Aufmerksamkeit wachgerufen. Vorerst, weil es überhaupt der erste detaillierte Artikel einer österreichischen Zeitung von politischer Bedeutung über die Ausgleichsverhandlungen war, und dann, weil die Ausführungen als Kundgebung der maßgebenden Faktoren Oesterreichs aufgefaßt wurden.

Wenn man auch in der Hauptsache den österreichischen Standpunkt voll und ganz begriff und mit Genugtuung konstatierte, daß nun die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen der Monarchie, die man mit dem Wort „Ausgleich“ zu bezeichnen pflegt, zur sachlichen Diskussion gestellt werden konnte, so mußte man doch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß der ungarische Standpunkt in manchen Detailfragen vom österreichischen derzeit noch abweicht. Da es sich aber um Einzelheiten handelt und in der Hauptsache eine Übereinstimmung in den Zwecken und Zielen besteht, ist eine Verständigung zwischen beiden Regierungen, beziehungsweise beiden Staaten mit Bestimmtheit zu erwarten.

Die bedeutungsvollsten Momente im neuen Ausgleich sind die Dauer der Vereinbarungen nicht nur in bezug auf das Verhältnis der beiden Staaten Oesterreich und Ungarn zueinander, sondern auch in bezug auf das Verhältnis der Donaumonarchie zum Deutschen Reich. Und da dominiert die Ansicht von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit langfristiger Vereinbarungen heute einig und allein alle leitenden Kreise. Die Idee, mit einem Provisorium — von acht- bis zehnjähriger Dauer — vorerst das Auslangen zu finden, dann die Idee mit Oesterreich bloß für zehn, mit Deutschland aber für zwanzig Jahre abzuschließen, besitzt derzeit keine Befürworter von Rang und Namen mehr. Der zwanzig- bis fünf- und zwanzigjährige Ausgleich in Verbindung mit einem ebensolange währenden Vertrag mit Deutschland wird bereits von den wirtschaftlichen und politischen Faktoren Ungarns als richtige Lösungsmodalität bezeichnet, wenn auch noch von den Industriellen eine Zwischenzolllinie und von der Unabhängigkeitspartei die Anerkennung des selbständigen Zollgebietes im Rahmen dieser Vereinbarungen gewünscht wird. Doch die große Mehrheit des Parlaments lehnt Zwischenzölle und Zolltrennung — selbst in der Theorie bloß — entschieden ab.

So ist also bezüglich des langfristigen Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn die Harmonie hergestellt. Daß nach den Erfahrungen des Krieges niemand in Ungarn an den gemeinsamen Institutionen — darunter der Notenbank — Aenderungen vornehmen will, versteht sich von selbst. Daraus ergibt sich, daß man auch die bisherige Quote akzeptieren würde. Wogegen aber in Ungarn der heftigste Widerstand sich regen würde, wäre der Versuch, die ungarische Quote zu erhöhen. Die großen Opfer, die Ungarn im Kriege brachte — ist doch die Anzahl der ungarischen Rekruten im Verhältnis wesentlich höher als die finanzielle Beitragsleistung zu den gemeinsamen Ausgaben —, können nicht noch durch neue wirtschaftliche Leistungen erhöht werden. Die Quote kann nur auf Grund des Nationalvermögens und National Einkommens festgesetzt werden, und daß sich die diesbezügliche Proportion zwischen Oesterreich und Ungarn während der Kriegsdauer nicht zuungunsten Ungarns verschoben hat, wird hier in allen Kreisen behauptet. Gibt es doch auch Politiker, die meinen, daß man eher eine Reduktion als eine Erhöhung der ungarischen Quote verlangen könnte. Doch schließlich dürften weder die einen noch die anderen triumphieren, sondern es wird bei der alten Quote bleiben.

Die von österreichischer Seite aufgestellte Forderung bezüglich wesentlicher Erleichterungen in der Einfuhr von Lebensmitteln, insbesondere Getreide und Fleisch, wird in Ungarn ebenfalls unterstützt, da man hier genau so wie jenseits der Weitha unter der Teuerung leidet. Ebenso wünscht man eine genaue Prüfung der Tarife im Bahnerverkehr und fordert volle Freiheit nach jeder Richtung. Gleich Oesterreich hat auch Ungarn in dieser Hinsicht Wünsche und Bestrebungen, insbesondere was den Anschluß bei Innaberg betrifft, und rechnet darauf, daß alle Uebelstände nunmehr im neuen Ausgleich saniert werden können. Gemeinsam soll die Tarifpolitik wohl geregelt werden, dabei ist aber die Selbstständigkeit und das Interesse jedes Staates zu wahren. Hier wäre noch zu bemerken, daß die von der „Zeit“ erwähnte Proposition einer „Gemeinsamkeit der Staatsanlehen“ von den maßgebenden politischen Persönlichkeiten ebenso abgelehnt wird, wie dies in Oesterreich der Fall zu sein scheint.

Was den Donauverkehr betrifft, ist Ungarn nicht nur bereit, die diesbezüglichen finanzierten Anreize zu fördern, sondern hat auch schon Vorbereitungen getroffen, um den Donauverkehr zu reformieren. Die ungarische Regierung und die ungarische Industrie trafen in den letzten Wochen derartige Vorbereitungen für die Schifffahrt auf der Donau, daß schon jetzt in der Kriegszeit und noch weit mehr in der folgenden Friedenszeit diese Schifffahrtstraße den weitestgehenden Anforderungen entsprechen dürfte.

Faßt man die Ansichten und Urteile der politischen und wirtschaftlichen Faktoren in

Ungarn zusammen, so ergibt sich, daß der ungarische Standpunkt, wenn er auch nicht in allen Details mit dem österreichischen übereinstimmt, doch in den belangreichsten Fragen keine wesentliche Differenz zeigt. Es unterliegt demzufolge keinem Zweifel, daß die Regierungen und Staaten bald einig sein werden, denn das ungarische Volk will eine klare und rasche Verständigung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet mit Oesterreich sowohl wie mit Deutschland.